

**Bebauungsplan „Solarpark Allenbach“  
in der Ortsgemeinde Allenbach, Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen**

**Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB**

Dem Bebauungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

**1. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange**

Zum Bebauungsplan wurde eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht gem. § 2a BauGB beschrieben und bewertet wurden.

Gegenstand der Umweltprüfung sind die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 genannten Schutzgüter Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Klima sowie Mensch, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkung zwischen den Schutzgütern. Mit dem integrierten grünordnerischen Fachbeitrag erfolgt die in § 1a Abs. 3 BauGB geforderte Berücksichtigung der landschaftspflegerischen Belange, die in der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen sind. Hierbei werden die notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und Ersatz nach § 1a BauGB i. S. d. Eingriffsregelung ermittelt und festgelegt. Im Umweltbericht werden darüber hinaus die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG abgeprüft.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden frühzeitig zu Äußerungen im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Wesentliche Grundlagen der Aufstellung des Bebauungsplanes waren insbesondere Informationen des Umweltberichtes zu den Schutzgütern (Mensch, Vegetation etc.) sowie zu Nutzungs- (umweltbezogene Änderungen des bestehenden Nutzungsmusters) und Schutzkriterien (Ziele des Umweltschutzes aus Fachgesetzen und -plänen).

Die Umweltprüfung für die Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Allenbach“ kam bei den umweltschützenden Belangen zu folgenden Ergebnissen:

Der Umweltbericht erfasste und bewertete basierend auf einer Bestandsanalyse der im BauGB genannten UVP-Schutzgüter die voraussichtlichen planbedingten Auswertungen auf Mensch und Umwelt einerseits anhand der Auswertung vorhandener und zugänglicher Daten.

Andererseits wurden vorhandene Lücken im Datenbestand durch eine Biototypenkartierung sowie Bestandserfassungen der Tierartengruppen Vögel geschlossen.

Aus den durchgeführten Analysen und Untersuchungen ergibt sich Folgendes:

- Der 23,6 ha große Geltungsbereich des Solarparks Allenbach befindet sich einschließlich seines Wirkraums bis auf seine Lage im Naturpark Saar-Hunsrück oder im Landschaftsschutzgebiet Hochwald-Idarwald mit Randgebieten nicht innerhalb von Schutzgebieten nach Natur- oder Wasserrecht. Er liegt jedoch ca. 280 m westlich und 400 m nördlich des FFH-Gebiets Hochwald sowie innerhalb eines Vorranggebiets für die Landwirtschaft und eines Vorbehaltsgebiets für Freizeit, Erholung und Landschaftsbild.
- Im Geltungsbereich und daran angrenzend tritt eine 2.537 m<sup>2</sup> FFH-Mähwiese des LRT 6510 „*Magere Flachland-Mähwiese*“ auf, bei der es sich nach § 30 BNatSchG und/oder nach §15 Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz auch um Geschütztes Biotops handelt.
- Der Geltungsbereich, der im Bereich einer strukturarmen offenen Agrarlandschaft liegt, weist mittel bis tiefgründige aus sandigen Lehmen bestehende Braunerden auf, die von allgemeiner Bedeutung für den Naturhaushalt sind und vorhabenbedingt durch eine betriebszeitliche Versiegelung und Teilversiegelung von 2.500 m<sup>2</sup> gering beeinträchtigt werden.
- Die Planung führt zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen der UVP-Schutzgüter Wasser, Klima, Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter und Mensch und ist damit nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzzwecks des Naturparks Saar-Hunsrück und des Landschaftsschutzgebiets Hochwald-Idarwald mit Randgebieten (wurde mitbetrachtet für den Fall, dass der bereits erwähnte § 9 der Naturparkverordnung nicht greifen sollte) und dem regionalplanerischen Vorbehaltsgebiet für Erholung, Freizeit und Landschaftsbild verbunden.
- Im Geltungsbereich, der von artenarmen Ackerflächen ohne spezielle Segetalvegetation und Grünland mit geringen Anteilen an Gehölzbiotopen sowie Weihnachtsbaumkulturen geprägt wird, wurden sechs Feldlerchenreviere sowie ein Revier der Wachtel nachgewiesen. Da diese vorhabenbedingt beeinträchtigt werden könnten, werden zur Vermeidung des Eintritts der Verbotstatbestände des § 44 Abs.1 BNatSchG innerhalb des Geltungsbereichs teilräumlich Modulreihen mit 4 m und mehr Abstand ausgewiesen sowie externe CEF-Maßnahmen in der direkten Umgebung durchgeführt. Damit können nach vorliegenden Erkenntnissen beide Vogelarten innerhalb des Geltungsbereichs brüten.
- Die Erhaltungs- und Entwicklungsziele des in der Umgebung liegenden FFH-Gebietes Hochwald werden im Hinblick auf relevante FFH-Lebensraumtypen und FFH-Arten vorhabenbedingt nicht erheblich beeinträchtigt.
- Der naturschutzfachliche Ausgleich, der nach dem Praxisleitfaden 2021 ermittelt wurde, wird durch die Entwicklung von Grünland innerhalb des Geltungsbereichs ausgeglichen.

Damit stehen einer Umsetzung des Bebauungsplans „*Solarpark Allenbach*“ keine tatsächlichen, fachlichen oder rechtlichen Gründe entgegen.

## **2. Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 12.12.2024 bis 31.01.2025 statt. Die Öffentlichkeit wurde in der Zeit vom 16.12.2024 bis einschließlich 31.01.2025 frühzeitig beteiligt und von der Planung unterrichtet. BürgerInnen haben sich zur vorliegenden Planung ebenfalls geäußert.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurden die Behörden auch zur Äußerung zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert.

Aufgrund der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen wurde der Umweltbericht fertiggestellt und die Ergebnisse in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 01.09.2025 bis 01.10.2025 statt. Parallel hierzu fand die Beteiligung der Öffentlichkeit statt. BürgerInnen haben sich zur vorliegenden Planung ebenfalls geäußert.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zusammengefasst dargestellt. Die folgenden Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und BürgerInnen haben sich zur Planung geäußert.

<b>Behörden, sonstige Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und die Öffentlichkeit</b>	<b>Frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1, § 2 Abs. 2 BauGB</b>	<b>Förmliche Beteiligung gem. § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2, § 2 Abs. 2 BauGB</b>
<b>Kreisverwaltung Birkenfeld Abt. 9 - Untere Landesplanungsbehörde</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis auf Ergebnis der Prüfung; die geplante Aufstellung des Bebauungsplans und die FNP-Teiländerung könne mit den Erfordernissen der Raumordnung in Übereinstimmung gebracht werden</li> <li>• Hinweis auf die Ausweisung des Gebietes als landesweit bedeutsamer Bereich für Erholung und Tourismus und die Einstufung des östlichen Teilbereichs als landesweit bedeutsamer Bereich für Landwirtschaft</li> <li>• Kritik, dass die Fläche gut erschlossen und bewirtschaftbar sei und damit nicht flächenschonend genutzt werde</li> <li>• Kritik, dass die EMZ des Plangebietes mit 38 über dem Durchschnitt der Gemarkung Allenbach von 36 liege – Das Zielabweichungsverfahren wurde</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderung zur Prüfung, ob die Erfordernisse der Landesplanung aus der Stellungnahme des 04.04.2025 der Ziffern 1 bis 7, insbesondere Ziffer 7, bei der Aufstellung des Bebauungsplanes berücksichtigt wurden</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Stellungnahme der Unteren Landesplanungsbehörde wurde seitens der Gemeinde zur Kenntnis genommen und bei der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Umweltbericht berücksichtigt. Kein Beschluss erforderlich.</b></p>

	<p>eingeleitet und genehmigt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis zur Ausweisung des Gebietes als Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild</li> <li>• Hinweis, dass gegen das Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 BauGB widersprochen werde</li> <li>• Hinweis zur Lage innerhalb des Naturpark Saar-Hunsrück (NTP-7000-004), jedoch nicht in einer Kernzone</li> <li>• Hinweis, dass gemäß § 1 Abs. 2 der Landesverordnung baulich genutzte Flächen innerhalb eines Bebauungsplans nicht Bestandteil des Naturparks seien</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Ergebnisse wurden berücksichtigt. Die Vereinbarkeit der Planung mit dem Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild wurde im Rahmen des Umweltberichtes und der Begründung zum Bebauungsplan dargelegt. Das Ergebnis der archäologischen Untersuchungen, wurde in der Begründung zum Bebauungsplan ergänzt. Die Baugrenzen zur Berücksichtigung der angrenzenden Waldflächen wurden zurückgezogen und als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt.</b></p>	
<p><b>Kreisverwaltung Birkenfeld Ref. 33 - Brandschutzwesen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine grundsätzlichen Bedenken</li> <li>• Hinweis, dass die PV-Anlage mindestens eine Zufahrt für Feuerwehrfahrzeuge habe und in regelmäßigen Abständen mit Verkehrsflächen zu unterteilen sei um den Einsatz von Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten/Fahrzeugen zu ermöglichen</li> <li>• Anmerkung, dass Löschwasserentnahmestellen einzurichten seien und ein Mindestabstand der Module und technischen Einrichtungen von</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verweis auf die Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Kein Beschluss erforderlich</b></p>

	<p>10 m zum angrenzenden Wald einzuhalten seien</p> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</b></p>	
<p><b>Kreisverwaltung Birkenfeld Ref. 61 - Untere Bauaufsichtsbehörde</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass die Erschließung des Plangebietes vollständig auf einer Planurkunde darzustellen und die Baugrenzen zu vermaßen seien</li> <li>• Anmerkung, dass die maximal versiegelbare Grundfläche gemäß Plan (2.500 m) nicht mit den Textfestsetzungen (5.000m2) überein stimme</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Den Hinweisen wurde gefolgt. Der Feldwirtschaftsweg wurde aufgenommen und als Verkehrsfläche für land- und forstwirtschaftlichen Verkehr sowie zur Erschließung des Sonstigen Sondergebiets "Photovoltaik" festgesetzt. Die Festsetzung der max. versiegelbaren Grundfläche wurde in den Planunterlagen synchronisiert. Die Baugrenzen wurden in der Planzeichnung vermaßt.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>
<p><b>Dienstleistungszentrum Ländl. Raum (DLR) Rheinhausen-Nahe- Hunsrück</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Bedenken, weist jedoch darauf hin, dass ggf. vorhandene Drainageleitungen durch das Vorhaben nicht beschädigt werden dürfen</li> <li>• Hinweis, dass Staunässe an den angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen zu vermeiden seien</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Der Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lage innerhalb Vorranggebiet Landwirtschaft; Keine grundsätzlichen Bedenken</li> <li>• Hinweis, dass im engem Raumbezug nicht mehr als 5 % der örtlichen Ackerfläche beansprucht werden dürfe</li> <li>• Die Zuwegung über den landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg soll uneingeschränkt nutzbar, vor Baubeginn dokumentiert und Schäden durch den Maßnahmenträger behoben werden</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</b></p>

<b>Forstamt Idarwald</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis auf Waldfläche im Plangebiet; Erforderlichkeit einer Umwandlungserklärung und Umwandlungsgenehmigung</li> <li>• Verweis auf potenzielle Betroffenheit des nördlich angrenzenden Waldes sowie die Abstandsregelungen gemäß der Landesverordnung (07.11.2023)</li> <li>• Hinweis, dass der Abstand bei Vorliegen einer Haftungsverzichtserklärung auch unterschritten werden könne</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Baugrenzen wurden zur Berücksichtigung der angrenzenden Waldflächen zurückgezogen und als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>
<b>Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz Direktion Landesarchäologie</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme vom 08.01.2025: Einstufung des Planareals als archäologische Verdachtsfläche - Ablehnung des Vorhabens</li> <li>• Ergänzung vom 06.05.2025: Geomagnetische Prospektion zeigt Anomalien</li> <li>• Abschluss vom 05.08.2025: Ergebnis der Sondagen zeigt, keine Bestätigung archäologischer Relevanz, Anomalien beruhen auf geologischen Gegebenheiten und rezenten Funden - Die Landesarchäologie hebt ihre Bedenken auf.</li> <li>• Hinweis auf Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens wurden aufgenommen.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, über keine archäologische Betroffenheit; Anomalien waren geologisch oder oberflächlich bedingt; Am 05.08.2025 erfolgte die Freigabe der Fläche durch die GDKE</li> <li>• Die neu gesicherte Parzelle 88, Flur 32 wurde geprüft; Keine bekannten archäologischen Fundstellen</li> <li>• Keine Bedenken</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Festsetzung zur bedingten Zulässigkeit im Bereich der archäologischen Verdachtsflächen und die zugehörige nachrichtliche Übernahme wurde ersatzlos gestrichen. Die entsprechenden Textstellen in der Begründung wurden dahingehend redaktionell angepasst.</b></p>
<b>Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine grundsätzlichen Bedenken, weist aber darauf hin, dass sich in ca. 355 m nördlich des Plangebietes der unter Bergaufsicht stehende Quarzitzgewinnungsbetrieb</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>

	<p>„Allenbach" befindet</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Empfehlung zu den weiteren Planungen des Quarzitgewinnungsbetrieb Kontakt aufzunehmen.</li> <li>• Keine Einwände zur Rohstoffsicherung, sofern Kompensationsmaßnahmen nicht mit Rohstoffsicherungsflächen im RROP kollidieren</li> <li>• Hinweis auf Anzeigepflicht von Bohrungen und geologische Untersuchungen gemäß Geologiedatengesetz</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen. Der Hinweis auf das Geologiedatengesetz war bereits im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten.</b></p>	
<b>Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass die verkehrliche Anbindung ausschließlich über die bestehende Gemeindestraße „In der Treib" zu erfolgen habe und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten sei</li> <li>• Hinweis, dass während der Bauphase und dem Betrieb, Bauarbeiten anzuzeigen, keine Einschränkungen der L 163 erlaubt und Verunreinigungen vom Vorhabenträger auf eigene Kosten zu beseitigen seien</li> <li>• Anmerkung, dass keine Blendwirkung entstehen und Oberflächenwasser nicht in Straßenentwässerungseinrichtungen oder Straßenseitengräben der L 163 eingeleitet werden darf</li> <li>• Weitere Hinweise zu Kabel- und Leitungsverlegungen sowie Landespflegerischen Maßnahmen</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verweis auf die frühzeitige Stellungnahme vom 27.01.2025</li> <li>• Alle Bedingungen aus der ursprünglichen Stellungnahme wurden in die Textfestsetzungen des Bebauungsplans übernommen</li> <li>• Weitere Änderungen und Ergänzungen berühren keine zusätzlichen Belange des LBM</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Kein Beschluss erforderlich</b></p>
<b>Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedenken hinsichtlich der Nutzung landwirtschaftlicher</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedenken hinsichtlich der</li> </ul>

	<p>Vorrangflächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FFPV)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderung der vorrangigen Inanspruchnahme von Konversionsflächen und anderen Flächen gemäß G 166 LEP IV</li> <li>• Die Fläche sei nicht mit den Zielen der Raumordnung und des LEP IV vereinbar (Nicht Ausweisung als Vorbehaltsgebiet für FFPV und Überschreitung der politischen 2%-Grenze der VG)</li> <li>• Hinweis auf Ablehnung von Ausgleichsmaßnahmen auf Agrarflächen</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die in der Begründung getroffenen Aussagen zu den Auswirkungen der Planung auf die Belange der Landwirtschaft wurden ergänzt. Der Feldwirtschaftsweg wurde bis zur Gemeindestraße "In der Treib" in den Bebauungsplan aufgenommen.</b></p>	<p>Nutzung landwirtschaftlicher Vorrangflächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FFPV) und der Erweiterung der Planfläche</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderung zur Reduzierung der Planfläche, u.a. aufgrund der Wertigkeit der Fläche unter dem Aspekt der Versorgungsfunktion der Landwirtschaft und der Überschreitung der Zielwerte (die politisch vereinbarte 2%-Grenze für Ackerflächen und die 5%-Grenze für Vorranggebiete Landwirtschaft)</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landwirtschaftskammer wurden zur Kenntnis genommen, zurückgewiesen und die Planung fortgeführt.</b></p>
<p><b>Struktur- u. Genehmigungsdirektion Nord</b> <b>Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass keine Oberflächengewässer betroffen seien</li> <li>• Anmerkung, dass das Plangebiet laut Sturzflutgefahrenkarte gefährdet sei; Bauweise muss angepasst und schadloser Wasserabfluss gewährleistet werden.</li> <li>• Hinweis, dass keine Schutzgebiete oder Wasserfassungen betroffen sind</li> <li>• Kein Eintrag im Bodenschutzkataster</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise waren bereits enthalten.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass die Ableitung des Niederschlagswassers nach WHG und LWG zu erfolgen habe und ggf. eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich sei</li> <li>• Zum Teil Wiederholung der Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Der ergänzende Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</b></p>
<p><b>BUND Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kritik hinsichtlich Widersprüche zu FNP und ROP (Überschreitung der politischen 2%-Grenze, Lage innerhalb Vorranggebiet Landwirtschaft und Ertragszahl von 35)</li> <li>• Hinweis, dass das Vorhaben dem Entwicklungsgebot widerspreche und die naturschutzfachliche Prüfung</li> </ul>



		<p>unzureichend seien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass es genügend Standorte in der VG gibt, die besser für eine FFPV-Anlage geeignet seien.</li> <li>• Ablehnung des Vorhabens</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise, Anregungen und Bedenken wurden zur Kenntnis genommen, zurückgewiesen und die Planung fortgeführt.</b></p>
Landesjagdverband Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass Solarparks zu einer fortdauernden Überprägung des Landschaftsbildes durch technische Objekte führen können und erhebliche Beeinträchtigungen als kompensationspflichtige Eingriffe gelten</li> <li>• Empfehlung zur Standortwahl mit visueller Vorbelastung, zur Begrenzung der Modulhöhe, Erdkabel statt Freileitungen sowie unauffällige Zäune oder Verzicht auf Einzäunung</li> <li>• Hinweis, dass aus Naturschutzsicht sensible Flächen freizuhalten seien</li> <li>• Empfehlung der Modulunterkante von mindestens 0,8 Meter über dem Boden sowie Abtropfstreifen zur Wasserverteilung</li> <li>• Anmerkung, dass die Ausgestaltung und Pflege sich an Zielbiotopen und -arten orientieren sollten</li> <li>• Empfehlung zur extensiven Mahd oder Beweidung, Zwei Schnitte pro Jahr, Abtransport des Mahdguts, Verzicht auf Pflanzenschutz-, Dünge- und Reinigungsmittel sowie Empfehlung zu Brache- und Altgrasstreifen</li> <li>• Hinweise zur Einzäunung wie die fehlende Querungsmöglichkeiten für Großsäuger</li> <li>• Kritik, dass Solarpark den Nationalpark und FFH-Gebiete</li> </ul>

		<p>Idarwald/Hochwald tangiert</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass Jagdpachtverträge angepasst werden müssen</li> <li>• Frage zur Gewährleistung der Einspeisung des erzeugten Stroms</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise, Anregungen und Bedenken des Landesjagdverbandes wurden zur Kenntnis genommen, zurückgewiesen und die Planung fortgeführt.</b></p>
<p><b>Naturschutzverbund Deutschland e.V.</b> <b>Kreisgruppe Birkenfeld</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kritik, da das Plangebiet als archäologische Verdachtsfläche eingestuft werde</li> <li>• Lage innerhalb des Vorranggebiets Landwirtschaft</li> <li>• Forderung einer unabhängigen Neubewertung der Bodenqualität, Vorrang für ertragsschwache oder vorbelastete Flächen sowie Feldlerchenfenster und Umwandlung gleich großer Ackerflächen in artenreiches Grünland</li> <li>• Forderung zur Einrichtung eines mindestens 20 m breiten Wildtierkorridors zur Lebensraumvernetzung</li> <li>• Hinweis auf Starkregengefährdung; Forderung eines verbindlichen Entwässerungskonzepts</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der NABU Kreisgruppe Birkenfeld wurden zur Kenntnis genommen, zurückgewiesen und die Planung fortgeführt.</b></p>
<p><b>OIE AG/Westnetz GmbH</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis auf Mittelspannungsleitungen mit einem 15 m breiten Schutzstreifen, in dem von Bebauung abzusehen sei; leitungsgefährdende Verrichtungen sollten jederzeit unterbleiben.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>

	<p><b>Berücksichtigung: Das Mittelspannungskabel und die Mittelspannungsfreileitung samt zugehörigen Schutzstreifen wurde nachrichtlich in den Bebauungsplan aufgenommen.</b></p>	
<p><b>Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V.</b></p> <p><b>Und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bitte um Vorlage des Umweltberichts</li> <li>• Anmerkung, dass die geplante Umzäunung so ausgeführt werden sollte, dass Kleinwildarten Zugang zur Fläche ermöglicht wird und durch Ein- und Ausprünge sowie Pendeltore die Fläche auch für Rot- und Schwarzwild zugänglich bleibt.</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Die Einrichtung eines Wanderkorridors gemäß den Hinweisen des Leitfadens ist nicht erforderlich bzw. zielführend. Die Einzäunung berücksichtigt die Hinweise. Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>
<b>Bürger 1</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Stellungnahme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anmerkung, dass der Solarpark eine relativ große Fläche der Nahrungsmittelerzeugung entziehe, die im Zuge der Klimaveränderungen (weltweit) immer knapper werden, was diese Fläche umso kostbarer mache</li> <li>• Forderung einer Befristung bzw. Kündigungsmöglichkeit für den Solarpark</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes ist eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung Landwirtschaft festgesetzt. Kein Beschluss erforderlich.</b></p>
<b>Vorschlag der Verwaltung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anmerkung, dass der Bebauungsplan um das westlich angrenzende Flurstück 88 der Allenbach Energie GmbH &amp; Co. KG erweitert werden soll.</li> </ul> <p><b>Berücksichtigung: Der Geltungsbereich des</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweis, dass parallel zur Beteiligung ein Ausnahmeantrag für die Inanspruchnahme einer 2.537 m<sup>2</sup> großen FFH-Mähwiese bei der Unteren Naturschutzbehörde eingereicht wurde. Die Genehmigung sei Voraussetzung für den</li> </ul>

	<p><b>Bebauungsplanes wurde um das Flurstück 88, Flur 32, Gemarkung Allenbach erweitert.</b></p>	<p>Satzungsbeschluss.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein Abstimmungstermin mit der Naturschutzbehörde führte zu folgenden Ergänzungsvereinbarungen:</li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Darlegung der Auswirkungen der Planung auf den Naturpark Saar-Hunsrück,</li> <li>2. Darlegung der Auswirkungen der Planung auf das Landschaftsschutzgebiet „LSG-7134-010 Hochwald-Idarwald mit Randgebieten“,</li> <li>3. Ergänzung der Beschreibung der Auswirkungen der Planung auf im Umfeld des Plangebietes gelegene FFH-Gebiet Hochwald 7000-085 (insb. zur Bechsteinfledermaus),</li> <li>4. Ergänzung einer Heckenpflanzung entlang der südlichen und teilweise westlichen Geltungsbereichsgrenze.</li> </ol> <p><b>Berücksichtigung: die ergänzenden Punkte wurden in den Bebauungsplan aufgenommen, der Umweltbericht ergänzt und eine 8 m breite Heckenpflanzung festgesetzt.</b></p>
--	--	---

### 3. Ergebnisse der geprüften alternativen Planungsmöglichkeiten und Begründung für die Auswahl der Fläche

In der Standortsuche wurden vorab EEG-förderfähige Alternativen auf zivilen und militärischen Konversionsflächen gem. Grundsatz G 166 LEP IV ausgeschlossen. Bislang stehen keine militärischen Konversionsflächen in Herrstein-Rhaunen zur Verfügung, da der „Truppenübungsplatz Baumholder“ auch innerhalb der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen noch in Betrieb ist. Zivile Konversionspotenziale mit hinreichender Größe für eine PV-FFA (ca. 0,5 ha) stehen aufgrund des strukturschwachen Charakters der Verbandsgemeinde nicht zur Verfügung.

Zwar sind die künftigen Bestimmungen der dritten Teilfortschreibung des RROP noch nicht abschließend festgelegt, es wurden jedoch Potenzialstandorte für PV-FFA öffentlich ausgelegt, die künftig als Vorbehaltsgebiete festgelegt werden sollen. Diese Standorte beginnen ab einer Flächengröße von 20 ha und sollen überschlägig für die hiesige Alternativenprüfung herangezogen werden.

- Standorte Kategorie A: Hohe Einsehbarkeit von umliegenden Siedlungsgebieten, (teilweise) Überlagerung mit Vorranggebiet für Landwirtschaft.
- Standorte Kategorie B: Hohe Einsehbarkeit von umliegenden Siedlungsgebieten.
- Standorte Kategorie C: überwiegende Lage in Vorranggebiet für Landwirtschaft.

In der Ortsgemeinde Allenbach befinden sich keine geplanten Vorbehaltsgebiete für PV-FFA, ebenso wenig wie in den nordöstlich gelegenen Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen (Wirschweiler, Sensweiler etc.). Die künftigen Vorbehaltsgebiete für PV-FFA weisen durchgehend Bodenwertzahlen von etwa 35 und weniger auf. Dieser Wert wird durch die geplante Fläche nur geringfügig überschritten (36) und kann in Relation zur durchschnittlichen Bodenwertzahl der Verbandsgemeinde von 37 durchaus noch als „ertragsschwach“ i.S.d. Grundsatz 166 LEP IV angesehen werden. Aufgrund der verbleibenden Distanz zum Ortskern von Allenbach und der Hanglage, stellt sich der favorisierte Standort gegenüber den geplanten Vorbehaltsgebieten mit hoher Einsehbarkeit (Standort Kategorie A und B) auch als weniger fernwirksam dar. Lediglich im Bereich der Ortszufahrt der B 422 ist der Solarpark wahrnehmbar, hieraus resultieren jedoch keine Konflikte für die Ortslage, da der Hang kaum der Wohnbebauung zugeneigt ist und Gehölze die PV-FFA abschirmen.

Die sehr geringe Einsehbarkeit der Flächen war eines der Hauptkriterien für die Ratsmitglieder der Ortsgemeinde Allenbach, diesem Standort grundsätzlich zuzustimmen. Durch die geringe Fernwirksamkeit und dadurch keine wesentlichen Einwirkungen auf das Landschaftsschutzgebiet „Hochwald - Idarwald mit Randgebieten“ (LSG-7134-010) stellt sich der gewählte Standort als verträglicher heraus.

Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses, sowie der Bedeutung für die öffentliche Sicherheit kommt erneuerbaren Energien in der Schutzgüterabwägung gem. § 2 EEG 2023 eine Vorrangstellung zu. Diese Bedeutung verdrängt das Gewicht potenziell raumordnerisch besser geeigneter, jedoch eigentumsrechtlich oder technisch nicht realisierbarer Standorte.

Weitere Standortalternativen ergaben sich aufgrund harter Kriterien, wie z.B. die Lage in naturschutz- bzw. wasserhaushaltsrechtlichen Schutzgebieten, der Flächenverfügbarkeit und der Erschließung zur Installation und für Wartungszwecke nicht. Zuletzt wurden stark einsehbare Standorte ausgeschlossen.